

Offener Brief

An die Bundesregierung: Herrn Bundeskanzler G. Schröder,
Herrn Außenminister J. Fischer, an die Mitglieder des Kabinetts, je gesondert
Nachrichtlich an: das Präsidium des Deutschen Bundestages, je gesondert
die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses, je gesondert

Bonn, den 17.3.2002

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schröder,

am 12.03.02 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution, in der er sich erstmals – ohne Gegenstimme- für die Schaffung eines palästinensischen Staates aussprach. Diese Resolution bestätigt das Ergebnis der Friedensverhandlungen im Vertrag von Oslo, das bisher nicht umgesetzt wurde. Die Folgen sind bekannt: fortgesetzte israelische Besiedlung der palästinensischen Gebiete, Terrorakte auf beiden Seiten mit Toten, Verletzten, Traumatisierten, unerträgliche Lebensbedingungen für die palästinensische Bevölkerung mit kontinuierlicher Verletzung ihrer Menschenrechte und der Zerstörung der palästinensischen Infrastruktur sowie der existentiellen Grundlagen der Bevölkerung, tägliche Bedrohungssituation der Israelis durch Selbstmordattentäter.

Die israelische Friedensorganisation Gush Shalom, „Union of Palestinian Medical Relief Committees“ und „Physicians for Human Rights-Israel“ schickten einen Tag nach der Resolution einen Hilferuf an internationale Nichtregierungsorganisationen, in dem sie die entsetzliche Lage in den palästinensischen besetzten Gebieten so schildern:

Der ständige Beschuss durch israelische Waffen und Raketen der Stadt Ramallah gilt sowohl den Wohnbezirken als auch in brutalster Weise dem Ramallah Hospital und dem Ramallah-Entbindungshospital. Außerdem wurden in der Stadt zwei medizinische Ambulanzen beschossen - eine Praxis, die leider seit einiger Zeit auch in der Westbank und im Gaza Streifen ausgeübt wird. Verwundete und Kranke können nicht mehr behandelt werden, da die israelische Armee ihnen den Zugang zu den Krankenhäusern verwehrt und die Lieferung von Arzneimitteln an den Grenzen gezielt verhindert.

Uns fehlen für diese Aggression des israelischen Staates und die völlige Missachtung internationaler Rechtsnormen die Worte. Wir verstehen uns jedoch als Sprachrohr der Hilfesuchenden und fordern Sie eindringlich auf zu handeln:

-Drängen Sie die israelische Regierung, diese Grausamkeiten auf Dauer zu stoppen und medizinische Hilfe in vollem Umfang zuzulassen

-Drängen Sie die israelische Regierung zur sofortigen, vollständigen Beendigung der Militäraktionen und garantiertem dauerhaften Rückzug aus den besetzten Gebieten, Einsatz von internationalen Beobachtern

-Drängen Sie die israelische Regierung zu umgehenden Friedensverhandlungen zur Schaffung eines palästinensischen Staates (in Anlehnung an den Vertrag von Oslo und die o.g. UN-Resolution)

-Setzen Sie sich dafür ein, dass israelische und palästinensische Friedensorganisationen, Frauen und Männer, in den Prozess der Friedensverhandlungen eingebunden werden und somit die Chance zur Mitgestaltung einer friedlichen Zukunft der beiden Völker erhalten

Wir bitten Sie eindringlich, über verbale Aufforderungen hinaus durch diplomatische Aktionen, wie ggf. dem Abzug des deutschen Botschafters in Israel und dem Entzug finanzieller Unterstützung, auch im Bereich der Handelsabkommen, intensiv daran mitzuwirken, dass die israelisch-palästinensische Tragödie ein Ende findet.
Beide Völker haben den - gerechten - Frieden verdient, wir dürfen sie dabei nicht länger allein lassen.

Ihrer Antwort entgegensehend grüßen wir Sie freundlich

Heide Schütz, Vorsitzende

Miriam Harges

Frauen Netzwerk für Frieden e.V., Maarweg 47, 53123 Bonn, , e-mail fn.frieden@t-online.de